

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, alle dazwischen und ausserhalb, geschätzte Anwesende

Vor einem Jahr wurde unsere Welt aus den Angeln gerissen. Bei politischen und auch bei anderen Entscheidungen stand plötzlich der Schutz der Gesundheit an erster Stelle. Denn die Coronakrise hat unsere Leben eingenommen und unsere vorherige Normalität in Frage gestellt. Sie hat eine Wende herbeigeführt – und sie hat eine Welle der Solidarität unter den Menschen hervorgerufen. Systemrelevante Arbeit wurde sichtbar, man forderte Änderungen, bessere Arbeitsbedingungen, fairere Entlohnung. Doch leider flaute diese Welle der sichtbaren Solidarität recht schnell wieder ab und gehandelt wurde nicht. Einmal mehr hat sich gezeigt, dass das reichste Prozent auch in der stärksten Krise nur an sich selber denkt.

Die Coronakrise allein hat unser aller Leben auf den Kopf gestellt und dabei ist sie nicht die einzige und bei Weitem nicht die schlimmste Krise, der wir uns aktuell stellen müssen.

Seit Jahren, ja Jahrzehnten wissen wir, dass die Klimakrise uns bedroht und deren Bekämpfung immer dringlicher wird. Wälder sterben ab und brennen, Permafrost taut auf, die Polkappen schmelzen, ganze Landstriche trocknen aus und der Meeresspiegel steigt ebenso wie die globalen Temperaturen. Doch politische Massnahmen, die weit genug gehen, gibt es in der Schweiz nicht. Eine Netto Null Strategie bis 2030 gibt es nicht. Einen Klimanotstand und somit die Anerkennung der Dringlichkeit der Krise gibt es nicht. Da ist sogar die Braunkohlehochburg Deutschland weiter als wir. Denn seit dieser Woche gilt das Recht auf Zukunft. Konkret heisst das, dass die Politik Klimaschutz mitdenken muss, sonst kann sie eingeklagt werden. Aber sowas gibt es in der Schweiz ja nicht.

Nein. Stattdessen gibt es diese liberale Marktwirtschaft, die ja alles regelt. Es gibt die hochgelobte Eigenverantwortung, die schon dafür sorgen wird, dass alles gut kommt. Hier ein gutes Beispiel dafür: Ein Flug von Zürich nach Genf kostet 70 Franken. Mit dem Zug von Zürich nach Genf kostet es für eine erwachsene Person ohne Ermässigung 88 Franken.

Neben der Absurdität, dass die Strecke von Zürich nach Genf mit dem Flugzeug günstiger ist als mit dem Zug, nimmt dieser Preisunterschied Menschen mit tiefen Einkommen die Möglichkeit, klimafreundlich zu reisen. Denn obwohl unsichtbarer als in anderen Ländern ist Armut auch in der Schweiz ein Begriff. Erst recht, seit die Coronakrise so vielen Menschen ihren Lebensunterhalt genommen hat. Denn während Kapitalist*innen, Banken wie die CS und Ölkonzerne durch die Coronakrise noch reicher wurden, indem sie zum Beispiel Kurzarbeit für ihre Mitarbeitenden beantragten und zugleich Dividenden in Milliardenhöhe an ihre Aktionär*innen ausbezahlten, hat die Krise alle anderen sehr stark getroffen. Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich in der Pandemie noch vergrössert. Manche müssen auf jeden Franken schauen, den sie ausgeben. Da machen dann die 18 Franken, die der Flug weniger kostet, viel aus. Davon kann man sich Essen kaufen, ein Buch, das man doch für die Weiterbildung so dringend braucht oder eine neue Glühbirne, weil die alte nicht mehr funktioniert.

Da kann man noch so sehr auf Eigenverantwortung pochen – genau hier zeigt sich, dass sie eben nicht funktioniert. Eigenverantwortung wird uns nicht bei der Bekämpfung der Klimakrise helfen, vielmehr wird sie dafür sorgen, dass heute schon benachteiligte Menschen noch viel stärker betroffen sind.

Die Schweiz braucht eine Wende in ihrem politischen Handeln. Wir brauchen zukunftserschaffende Klimaschutzgesetze, und zwar nicht erst in fünf oder zehn Jahren, sondern jetzt. Wir brauchen eine Klimastrategie, die Netto Null Treibhausgasemissionen bis 2030 zum Ziel hat und nicht ungenügende Gesetze, die gerade einmal an der Oberfläche

kratzen. Und vor allem brauchen wir Massnahmen, die die Arbeiter*innenklasse schützen. Wir brauchen Massnahmen, die klimagerecht sind.

Klimagerechtigkeit bedeutet Just Transition, die dafür sorgt, dass Arbeiter*innen in umwelt- und klimaschädlichen Branchen eine kostenlose und entlohnte Umschulung erhalten. So werden Massenentlassungen verhindert.

Klimagerechtigkeit bedeutet staatlich finanzierte Umstellungen von fossilem zu erneuerbarem Strom, vom Status quo zu einer klimaneutralen Gesellschaft. Nachhaltigkeit darf kein Luxus sein.

Klimagerechtigkeit bedeutet Solidarität und eine lebenswerte Zukunft. Und sie bedeutet Gleichberechtigung, bedeutet frei zu sein von patriarchalen Zwängen. Sie bedeutet internationalen Zusammenhalt und offene Grenzen.

Die Kosten der Klimakrise dürfen nicht länger den 99% aufgebürdet werden, denjenigen, die ihr schutzlos ausgeliefert sind. Sie dürfen nicht den Arbeiter*innen auferlegt werden, die in klimaschädlichen Unternehmen arbeiten. Die Kosten für die Bekämpfung der Krise sollen diejenigen bezahlen, die sie verursacht haben: Förderer von fossilen Energieträgern, Konzerne, die Unmengen an Treibhausgasemissionen ausstossen, Banken, die das alles finanzieren. Kurz: Die Kosten sollen von dem 1% getragen werden, das aus der Krise Profit schlägt.

Bewirken wir diese Wende zu einer klimagerechten Zukunft gemeinsam!

Wir können handeln. Wir können Druck auf den Strassen aufbauen und uns dem «Strike for Future» am 21. Mai anschliessen. Wir können die viel zu kleinen Schritte der Regierung annehmen und zugleich verkünden, dass es nicht genug ist. Dass wir mehr fordern, dass wir eine Zukunft fordern. Wir können im Herbst die 99%-Initiative annehmen und somit eine gerechtere Vermögensverteilung bewirken. Wir können handeln!

Sorgen wir für diese klimagerechte Wende, indem wir laut und unbequem sind. Indem wir eine Zukunft fordern, die für uns alle und nicht nur für ein paar Wenige ist.

Sorgen wir für diese Wende, denn sie steht uns zu. Alles andere wäre nicht gerecht.

Sorgen wir für diese Wende, und zwar jetzt.

Lasst uns diese soziale Wende sein.